PARS PRO TOTO?

Rezension von: Helmut Wagner, Europäische Wirtschaftspolitik: Perspektiven einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), Berlin, Heidelberg u. a. 1995, 278 Seiten, öS 290,60.

Der Titel des Buches weckt Erwartungen, die nicht immer zur Gänze erfüllt werden – wohl auch nicht können, da es immer ein Spezialgebiet gibt, dessen Behandlung noch zu erweitern wäre. Der Untertitel (Perspektiven einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion) trifft den Inhalt des Buches eher, wobei die Betonung auf der (Geld- und) Währungspolitik liegt. Um es vorwegzunehmen: wesentliche Bereiche der Wirtschaftspolitik werden durch die Konzentration auf die geldpolitischen Aspekte etwas vernachlässigt (Strukturpolitik) und/oder nur unter dem Lichte der Geldpolitik behandelt (Fiskal- und Einkommenspolitik).

Die Einbeziehung politisch-ökonomischer und institutioneller Aspekte ist hingegen als eine der großen Stärken zu werten. Wagner bietet zunächst in der Einleitung einen Überblick über die wirtschaftspolitische Geschichte der Europäischen Union und stellt davon ausgehend die wesentlichen Hoffnungen und Befürchtungen dar, die mit der Errichtung der Währungsunion im Rahmen der EWWU verbunden werden.

Die drei Handlungsalternativen, vor denen die EU und ihre Mitgliedstaaten bei einer gegebenen Wirtschaftsunion stehen, sind im wesentlichen: 1.) flexible Wechselkurse, 2.) eine Weiterführung des EWS und 3.) die Errichtung einer Währungsunion. Die Konkurrenzlösung „flexible Wechselkurse" kann dabei als eine suboptimale Lösung gezeigt werden, und zwar einerseits aufgrund der fortschreitenden wirtschaftlichen Integration und den damit verbundenen steigenden Transaktionskosten bei Beibehaltung flexibler Wechselkurse (mikroökonomisches Effizienzargument), und andererseits wegen der sinkenden Anpassungskosten (in Form von Beschäftigung und Wachstum) bei steigender Integration und fixen Wechselkursen (makroökonomisches Argument), vor allem aber – und das steht im Zentrum von Wagners Ausführungen – aufgrund einer höheren Effizienz der Geldpolitik durch die Koordination der Zentralbanken.

Demgegenüber finden zwar hier und da einige Argumente für die Kooperation auf anderen Gebieten der Wirtschaftspolitik Erwähnung, so etwa die Frage der Wirksamkeit der Fiskalpolitik auf europäischer Ebene (Kap IV, 2.2) oder der Zusammenhang von Koordination bei Lohnverhandlungen durch starke Gewerkschaften mit starken Dachverbänden und der in einer EWWU erforderlichen Reallohnflexibilität auf makroökonomischer Ebene (Kap IV, 2.3), aber ihr Potential wird nur unter dem Aspekt der Gefährdung der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank gesehen.

In der Frage der Unabhängigkeit wird nicht immer genug differenziert. Entsprechend dem monetaristisch-neoklassischen Dogma muß sie unantastbar sein, und dies im Sinne einer Konfliktlösung (sprich: keine Möglichkeit der Kommunikation mit anderen wirtschaftspolitischen Akteuren). Es wird also die Kooperation der Zentralbanken als Aktivum der Wirtschafts- und Währungsunion verbucht, aber (entgegen einigen theoretischen Ansätzen und wirtschaftspolitischen Erfolgen) eine Kooperationslösung – zumindest in bezug auf Information – mit und zwischen den anderen wirtschaftspolitischen Spielern abgelehnt.

Diese Grundhaltung spiegelt sich auch in der Behandlung der Diskussion um die Regelbindung der Zentralbank wider (Kap IV 2.5). Ein wesentlicher Teil für die Begründung der Bevorzugung einer Regelbindung liegt darin, daß durch sie die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte zu einer geringeren Gleichgewichtsinflationsrate führen. Dies trifft aber nur in einer Konfliktsituation zu, in der es keine Kommunikation zwischen den „Spielern" Zentralbank, Fiskalpolitik und Lohnverhandlern gibt. Dies ist tendenziell in der BRD der Fall, und bei einer Zentralbank möglich, die über eine derartige Reputation verfügt, daß sie selbst dann nicht befürchten muß, Inflationserwartungen zu wecken, wenn sie ihre selbstgesteckten Ziele (Geldmengenwachstum) nicht erreicht.

Jedenfalls ist die Übertragung auf ein anderes Land problematisch, weil dieselbe Politik dort zu weit höheren Kosten (in Form von Wachstum und Beschäftigung) der Inflationsbekämpfung führen würde. Die Erfolge des Arrangements zwischen Fiskalpolitik (Budgetkonsolidierung) und Lockerung der Geldpolitik in Amerika bleiben bei Wagner ebenso unerwähnt wie die jene stärker korporatistisch geprägter Länder wie Österreich oder die Niederlande.

Zu den stärkeren Seiten: Neben den bekannten Argumenten für die EWWU erläutert Wagner im Kapitel III. 3 die neueren Entwicklungs-, Wachstums- und Handelstheorien (etwa den Krugmanschen Ansatz des strategischen Handels) und bietet so eine bessere Basis für die Diskussion um die Effekte des Europa der „zwei Geschwindigkeiten". Dabei vergißt er nicht die Bedeutung der politischen Rahmenbedingungen und die wechselseitigen Wirkungen zwischen der wirtschaftlich/monetären und der politischen Integration.

Das Europa der zwei Geschwindigkeiten findet sich auch zu Recht im ausführlichen Schlußteil wieder, in dem die Kosten des Übergangs diskutiert werden. Daß diese allgemein meist zu wenig problematisiert werden, ist ein Manko in der Diskussion um die EWWU und hat vielleicht mit der Liebe mancher Ökonomen für die (sehr) lange Frist zu tun. Hier bildet Wagner eine rühmliche Ausnahme. Dieselbe Methodik (entwicklungs- und wachstumspolitische Ansätze) wendet er auch auf die Diskussion um die Osterweiterung (mit Handlungsalternativen für die weitere Integration) an.

Zum Aufbau des Buches: Durch die Exkurse mit Überblicken über die Literatur bzw. die Darstellung der wichtigsten Modelle außerhalb des „Textes" bleibt dieser lesbar, ohne auf die wichtigsten theoretischen Fundierungen verzichten zu müssen. Ebenso unterstreicht der Einschub der wichtigsten Vertragsbestimmungen aus dem europäischen Vertragswerk, der in vielen anderen Büchern meist fehlt, den Lehrbuchcharakter.

Die Einbeziehung wichtiger institutioneller und wachstumstheoretischer Grundlagen bei der Diskussion um ein Europa der zwei Geschwindigkeiten ist ebenfalls positiv hervorzuheben. Etwas zu kurz geraten und zu stark dem (bundesdeutschen) *main- stream* verhaftet ist hingegen der Teil, in dem die Bedeutung der Fiskalpolitik und der Lohnverhandlungen behandelt werden. Offenbar traut eben dieser deutsche *mainstream* außer der Bundesbank, die im übrigen ihre (ohnehin obsoleten) Ziele regelmäßig aufgrund von „Sonderfaktoren" verfehlt, keinem anderen wirtschaftspolitischen Akteur die nötige Vernunft zu.

Thomas Zotter